

DIE WIDERSPRÜCHE VON UNIDAS PODEMOS IN DER REGIERUNG.

Die Wähler haben Unidas Podemos in Galizien und im Baskenland bei den ersten Wahlen seit ihrem Eintritt in die Koalitionsregierung bestraft • Die Monarchie lebt ihre heikelsten Momente aufgrund der Skandale des emeritierten Königs Juan Carlos I • Der spanische Staat wartet auf die Reaktion Europas und die europäische Hilfe, um die durch die Pandemie verursachte Krise zu überwinden



Sato Díaz | @JDSato
15/07/2020

Die Koalitionsregierung besteht nun ein halbes Jahr. Sechs Monate sind vergangen, seit sich zum ersten Mal in der Geschichte der gegenwärtigen spanischen Demokratie verschiedene Parteien zusammengesetzt haben, um zusammen die Regierung zu bilden. Es ist die zweite Regierung, die von Pedro Sánchez angeführt wird, wobei dieses Mal nicht nur die Minister*innen seiner Partei (PSOE) und seiner katalanischen Schwesterpartei PSC die Regierung bilden, sondern auch Minister*innen von Unidas Podemos und ihren territorialen Plattformen En Comú Podem aus Katalonien und Galicia En Común aus Galizien, wie in vorherigen Artikeln dieser Serie, in der versucht wird die spanische Entwicklung in diesem außergewöhnlichen Jahr 2020 zu analysieren, schon erwähnt wurde.

Im letzten Januar haben die Minister*innen von Unidas Podemos die Verantwortlichkeit mehrerer Ministerien übernommen, die zweite Vizepräsidentschaft mit Zuständigkeiten für Soziale Rechte und Agenda 2030 von Pablo Iglesias, das Arbeitsministerium von Yolanda Díaz, das Ministerium für Gleichheit von Irene Montero, das Ministerium für Konsum von Alberto Garzón und das Ministerium für Universitäten von Manuel Castells. Es ist das erste Mal, wie ständig wiederholt wird, dass seit Ende der 2. Republik, die durch den faschistischen Militärputsch von Francisco Franco gestürzt wurde, Minister*innen von Parteien, die links von der Sozialistischen Partei stehen, in der Regierung sitzen, auch Kommunisten. Die Legislatur ist fast von Anfang an von der COVID19-Pandemie geprägt worden, die den spanischen Staat hart getroffen hat. Trotz der harten humanen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie, öffnen sich langsam in der politischen Agenda wichtige politische Themen den Weg.

[In einem ersten Artikel](#) habe ich den Eintritt von Unidas Podemos in die Regierung analysiert und wie die Regierung versucht hat den Gesundheitsnotstand zu überwinden, und einen sozialen Ausgang aus der vom COVID19 generierten Krise, mit Maßnahmen des sogenannten „sozialen Schutzschildes“ zu finden. In diesem ersten Artikel wurde auch darüber gesprochen, wie die Pandemie ein politisches Erdbeben in den internationalen Machtstrukturen wie die Europäische Union verursacht hat, die im ersten Moment unsichtbar war, so dass die Mitgliedstaaten eine größere Rolle als politische Akteure in diesem internationalen Durcheinander übernommen haben.

(...) der Ausgang aus dieser Krise kann dem Ausgang aus der Finanzkrise 2008 sehr ähneln. Das heißt, Kürzungen sozialer Rechte, Reduzierung der öffentlich-rechtlichen Institutionen, Sozialisierung der Verluste privater Korporationen sowie die strikte Einhaltung der Ausgaberichtlinien. Das stellt Unidas Podemos in eine widersprüchliche Situation innerhalb der Regierung.

Nach diesen ersten Wochen, wo ein globaler politischer Kurswechsel möglich schien und die idealistischsten Personen sagten, dass der Moment für eine andere Welt gekommen sei, schrieb ich [in einem zweiten Artikel im Mai](#), in dem beschrieben wurde, wie die politischen Spannungen in Spanien und die Reorganisation des europäischen Establishments der Regierung und Unidas Podemos eine politische Strategie aufzwangen, die sich auf die *Realpolitik* stützte, um so jeglichen rupturistischen Ausgang aus der Krise zu verhindern. Die Regierung tat alles, um einen politischen Konsens zu finden und ihr politisches Programm umzusetzen. Sie versuchte auch jegliche Spur von Radikalismus zu verwischen, um den Alarmzustand zu verlängern, der die Bewegungsfreiheit der Bürger einschränkte und die Quarantäne als Methode für die Eindämmung der schweren Folgen der Pandemie zu sichern. Mit dieser Strategie einer moderaten Regierung wollten sie Europa davon überzeugen, dass, obwohl es sich um eine linke Regierung handelt, ihre Politik sich an die Vorschläge der wichtigsten europäischen Führungskräfte orientiert. Aus diesem Grund suchte die Regierung eine Annäherung an Ciudadanos, eine rechte Partei mit einer klaren spanischen nationalistischen Komponente, die aber in der liberalen Gruppe Renew Europe im Europäischen Parlament integriert ist.

Jetzt scheint klar zu sein, dass es keine Möglichkeit gibt, eine revolutionäre Lösung für diese soziale und wirtschaftliche Krise umzusetzen. Ganz im Gegenteil, die Mächtigen forcieren ihre Politik und der Ausgang aus dieser Krise kann dem Ausgang aus der Finanzkrise 2008 sehr ähneln. Das heißt, Kürzungen sozialer Rechte, Reduzierung der öffentlich-rechtlichen Institutionen, Sozialisierung der Verluste privater Korporationen sowie die strikte Einhaltung der Ausgaberichtlinien. Das stellt Unidas Podemos in eine widersprüchliche Situation innerhalb der Regierung.



Der Vizepräsident Pablo Iglesias im April 2020 in seinem Amtszimmer
(Foto: Dani Gago, eldiario.es)

Pablo Iglesias hat während seiner politischen Karriere mehrfach einen Satz wiederholt: „In der Politik muss man mit Widersprüchen umgehen können“. Der derzeitige Kontext bringt Unidas Podemos in ein sumpfiges Terrain, in dem die Widersprüche von enormem Ausmaß sind. Daher analysiere ich in diesem Text einen sozialen und politischen Kontext, der wie

immer von den atavistischen und transversalen Vektoren bestimmt wird, die die Natur der spanischen Politik begleiten: die territoriale Frage, die Borniertheit der spanischen politischen, medialen und wirtschaftlichen Rechten, die immer noch nicht ganz mit ihrer soziologischen Vergangenheit gebrochen haben: der Franco-Diktatur. Hinzu kommt ein weiteres konstantes Element: die Degradierung demokratischer Institutionen die aufgrund des sogenannten "Konsenses von 78" entstanden waren. Wir hören und lesen jeden Tag neues über die Spionage, die verschiedene Strukturen der Staatspolizei in den letzten Jahren gegen politische Dissidenten im Umfeld von Unidas Podemos und der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung durchgeführt haben.

Kritischer Moment für die Monarchie

Die spanische Monarchie durchlebt derzeit eine sehr kritische Situation. Das erschüttert die Fundamente der institutionellen Architektur und der spanischen Politik. Jeden Tag erscheinen neue Informationen, die von der ehemaligen Liebhaberin des Königs Juan Carlos I., die deutsche Unternehmerin Corinna zu Sayn-Wittgenstein, über neue Korruptionsfälle an die Presse weitergegeben werden, in denen der spanische Monarch scheinbar beteiligt ist: Unter anderem Konten in schweizer Banken, Geldüberweisungen des Königreichs von Saudi-Arabien auf diese Konten, Scheinstiftungen in Steuerparadiesen. Während des Alarmzustands, hat das derzeitige Staatsoberhaupt, Felipe VI. gesagt, dass er [auf das Erbe seines Vaters verzichte](#). Aber Corinna hat weitere Erklärungen gemacht: „Das Geld von Juan Carlos ist im Zarzuela-Palast und er hat dort einen Geldzählautomaten“. Während der letzten Wochen haben wir auch erfahren, dass der emeritierte König das Geld von der Schweiz über den Flughafen von Barajas nach Spanien transportiert hat und dass er zwischen 2008 und 2012 monatlich 100.000 Euro aus der Schweiz nach Spanien gebracht hat. Das macht insgesamt 4.800.000 Euro. Es vergeht kaum ein Tag ohne eine neue Meldung.

Es geht hier nicht darum, alle Details dieses ‚Feuilletons‘ zu beschreiben, sondern darum, die Bedeutung dieses Skandals für den spanischen Staat aufzuzeigen. Das derzeitige Staatsoberhaupt, Felipe VI., ist nur im Amt, weil er Sohn von Juan Carlos I. ist. In den letzten Wochen sehen wir eine Kampagne, an der die wichtigsten Medien, politischen Parteien und Institutionen des Staates beteiligt sind, um das Image des Königs zu verbessern. Es geht darum, den König zu retten, um das sogenannte ‚Regime 78‘ zu retten. Jetzt, wo eine schwere soziale und wirtschaftliche Krise



Empfang von Felipe VI. in Bilbao und Vitoria-Gasteiz „Aller guten Dinge sind drei – Dritte Republik jetzt“ (Foto: EcoRepublicano)

auf uns zukommt und der politische Kontext aufgrund der territorialen Probleme und der exzessiven Polarisierung der politischen Parteien sehr zugespitzt ist, bringt die Krise der Monarchie noch mehr Unsicherheiten für die institutionellen Strukturen des Staates. Es wird schwer sein, diese Unsicherheiten zu überwinden.

Die spanische Monarchie durchlebt derzeit eine sehr kritische Situation. Das erschüttert die Fundamente der institutionellen Architektur und der spanischen Politik.

In dieser Konjunktur beschuldigen die rechten und rechtsextremen Parteien, die – wie in vorherigen Artikeln schon erwähnt – die Pandemie zum Anlass genommen haben,

die Regierung zu stürzen, da sie es nicht ertragen können, Pablo Iglesias und die anderen Minister*innen von Unidas Podemos in der Regierung zu sehen, Pedro Sánchez und Pablo Iglesias für die Krise der Monarchie verantwortlich zu sein. Aber der Präsident versucht von der Regierung aus eine Schutzbarriere zu bilden, damit die Korruptionsfälle des Vaters nicht den derzeitigen König beschmutzen. Eine schwere Aufgabe, da es – gemäß einigen Veröffentlichungen – Anzeichen dafür gibt, dass Felipe VI. über die Machenschaften seines Vaters zumindest teilweise informiert war.

Andererseits wird der andere Teil der Regierungskoalition, Unidas Podemos, von Parteien gebildet, die klar republikanisch sind und er hat sich bisher darauf beschränkt, an der Seite von Pedro Sánchez zu stehen, wie Pablo Iglesias gesagt hat. Der Vizepräsident hat nur die Notwendigkeit einer Reform der Unverletzlichkeit des Königs erwähnt, die es verhindert, dass der König während seiner Königszeit vor Gericht kommen kann. Die Basis von Unidas Podemos bekennt sich offen als republikanisch und es ist anzunehmen, dass sie eine so laxen Stellung zur Monarchie von ihren Führern nicht tolerieren werden, wenn mehr Details bekannt werden, die die Monarchie mit der Korruption zusammenbringen. Unidas Podemos wird mit diesem großen Widerspruch in der Regierung leben müssen.

Tourismus während der Pandemie

Ich habe es schon oben erwähnt, es ist unmöglich irgendeinen Aspekt der spanischen Politik im Jahr 2020 zu bewerten, ohne zu wiederholen, dass der Coronavirus die Auswirkungen eines Erdbebens gehabt hat, der alle Pläne verändert hat. Vor allem hat die Pandemie die Regierungspläne durcheinandergeworfen, da die Regierung eine fortschrittliche programmatische Vereinbarung getroffen hatte, die von beiden Regierungspartnern (PSOE und Unidas Podemos) unterschrieben worden war. Die Handhabung der Pandemie führte die spanische Gesellschaft von einigen sehr harten Wochen, in denen täglich hunderte von Menschen starben, langsam zu einer Entspannung: der ‚neuen Normalität‘. Die wirtschaftliche Aktivität und die Lebensgewohnheiten wurden, nach einer sehr strikten Quarantäne, langsam wieder aufgenommen.



Polizeikontrolle an einer Ausfahrtstraße in Lleida (Foto: Publico.es)

Aber im Juli haben sich die Ansteckungen schneller als erwartet vermehrt und die Anzeichen der Besorgnis der Regierung werden immer deutlicher. Heute hängt die Handhabung dieser Ansteckungen – nach einigen Monaten, in denen das Gesundheitsministerium während des Alarmzustands das Gesundheitswesen zentralisiert hatte – von den Autonomen Gemeinschaften ab, da sie für das Gesundheitswesen ihrer jeweiligen Gemeinschaft zuständig sind. Dieser Wechsel hat dazu geführt, dass die

Kritik über die Entwicklung der COVID-19-Pandemie sich jetzt gegen die unterschiedlichen Regierungen der Autonomen Gemeinschaften und nicht gegen die Zentralregierung von Pedro Sánchez richtet. Vor allem in Galizien, im Baskenland, in Katalonien und in Aragon verbreitet sich der Virus mit großer Intensität. Jeden Tag werden neue Ausbrüche der Ansteckung gemeldet und die Diskussionen über die territoriale Verteilung der Macht und der Verantwortlichkeiten hören nicht auf. In Katalonien wurde kürzlich von der Justiz die von der Regierung von Katalonien in Teilen der

Provinz Lleida erlassene Quarantäne zensiert, da der Richter interpretierte, dass die Fähigkeit, die Bewegungsfreiheit der Bürger einzuschränken, von der Erklärung des Alarmzustands abhängt, das heißt, von der Zentralregierung in Madrid und dem Kongress. Schließlich haben die Gerichte die von der katalonischen Regierung getroffenen Maßnahmen zugelassen, obwohl dies zunächst nicht der Fall war. Die Versuche der Justiz, in die katalanische Politik einzugreifen, sind konstant. Die Diskussionen zwischen den Regionen über die Bewältigung dieses zweiten Kapitels der Pandemie werden nicht enden. Zum Beispiel durften bei den jüngsten Wahlen im Baskenland und in Galizien Covid-19-Betroffene nicht wählen, was wieder zu einem Streit geführt hat, da eines der Grundrechte der Bürger eingeschränkt wurde.

Bereits im März, als die Tragödie auf dem Höhepunkt war, wurde die produktive Unfähigkeit des spanischen Staates in einigen wesentlichen Aspekten offensichtlich. Die spanische Industrie konnte die Grundbedürfnisse der Bürger nicht decken. Es gab nicht genug PSA (persönliche Schutzausrüstung), nicht einmal für die Gesundheitsdienste, die sich um die Kranken kümmerten. Auf den Intensivstationen der Krankenhäuser fehlten Atemgeräte. Deshalb hing die Handhabung des Gesundheitsnotstands von einem ausländischen Markt ab, der zu dieser Zeit einem Schlachtfeld von Piraten ähnelte. Es wurde deutlich, dass das spanische Produktionsmodell veraltet ist und sich hauptsächlich auf Tourismus und Bauwesen konzentriert, während die industriellen Kapazitäten sehr gering sind. Ein Modell, das eine Folge der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Norden und dem Süden Europas infolge der Unterzeichnung des Abkommens von Maastricht 1992 ist.



Schutzmaske (Foto: Álvaro Minguito. El Salto Diario)

*Die Regierung befindet sich in einem Widerspruch,
da sie keine produktive Alternative vorschlagen kann.*

Bei einer Debatte im Kongress hat der Minister für Konsum und Bundeskoordinator von Izquierda Unida, Alberto Garzón, darauf verwiesen, dass "Spanien sich auf Sektoren mit einer geringen Wertschöpfung wie Hotel- und Gastgewerbe oder Tourismus spezialisiert hat". Die Lawine der Kritik von Geschäftsleuten dieser Sektoren und der rechten Parteien war enorm, und die internen Spannungen in der Regierung angesichts der Unzufriedenheit von Sektoren, der fast 15% des BIP ausmachen, waren offensichtlich. Am 1. Juli wurden die Grenzen zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union wieder geöffnet, um den Tourismus innerhalb der EU zu fördern. Offizielle Kampagnen der spanischen Regierung sowie verschiedener Autonome Gemeinschaften und Rathäuser drängen darauf, den Tourismus angesichts der schweren Wirtschaftskrise, die wir erleben, vorrangig zu reaktivieren. Tatsächlich kamen am 15. Juni die ersten deutschen Touristen mit einem Pilotprogramm nach Mallorca. Das danteske Bild der Zimmermädchen des Hotels, einer der prekärsten Sektoren von Arbeitnehmer*innen, die die Gäste mit einem Applaus begrüßten, ist vielen Spanier*innen in der Erinnerung geblieben.



Arbeiter*innen von Alcoa San Cibrao im Juni 2020 bei einem Protest gegen die Schließung des Werks (Foto: Carlos Castro)

Die Widersprüche nehmen zu, die Infektionsausbrüche auch. Die Bilder von Touristen in überfüllten Plätzen ohne Schutzmasken werden zwar nicht in den wichtigsten Fernsehkanälen ausgestrahlt, aber sie breiten sich mit hoher Geschwindigkeit in den sozialen Netzwerken aus. Die Teilnahme von Unidas Podemos an der Regierungsarbeit scheint keine unmittelbare Änderung des aktuellen Produktionsmodells von "Sonne und Strand" zu bringen, aber es ist noch zu früh, um ein Urteil zu fällen. Hinzu

kommt, dass das Werk des amerikanischen multinationalen Aluminiumunternehmens Alcoa in der galizischen Provinz Lugo den Prozess der Entlassung von mehr als 500 Arbeitern beschleunigt. Die Autofabrik von Nissan in Barcelona soll auch geschlossen werden und rund 25.000 Familien werden davon betroffen sein. Airbus kündigt einen Anpassungsplan an, der mehr als 1.500 Arbeitnehmer betreffen kann. Sonne, Strand, Tourismus als Reaktion auf die Pandemie. Die Regierung befindet sich in einem Widerspruch, da sie keine produktive Alternative vorschlagen kann.

Wahlen im Baskenland und Galizien

Im politischen Wahlpanorama gab es am 12. Juli Regionalwahlen in zwei wichtigen nördlichen Autonomen Gemeinschaften, Baskenland und Galizien. Es ist anzumerken, dass beide als historische Nationalitäten betrachtet werden, in beiden gibt es ein differenziertes nationales Gefühl mit nationalistischen und unabhängigen politischen Parteien, sie haben ihre eigene Sprache und eigene soziale, kulturelle und



Wahlzettel (Foto: EFE)

politische Ökosysteme, die nichts mit Madrid zu tun haben. Genau genommen war Madrid als politisches Zentrum des Staates, in dem die verschiedenen spanischen Kräfte alle ihre Angelegenheiten lösen, der große Verlierer bei diesen zwei Wahlen.

Im Baskenland hat die Nationalistische Partei des Baskenlandes (PNV), eine rechte baskische Partei, die in der Gruppe der Liberalen Renew Europe im Europäischen Parlament integriert ist, die Wahlen gewonnen und wird ihre Regierungskoalition mit den Sozialisten wiederholen. Eine andere Komposition der neuen Regierung wäre eine große Überraschung. Die Sozialistische Partei hat die gleichen Sitze wie in der vorherigen Legislatur, obwohl sie mehr Stimmen erhalten hat. Der spektakuläre Anstieg von EH Bildu, eine linke Partei, die für die Unabhängigkeit des Baskenlandes kämpft, kontrastiert mit dem großen Fall von Elkarri Podemos, die territoriale Wahlmarke von Unidas Podemos, die fast die Hälfte ihrer Sitze im baskischen Parlament verloren hat. Auch die PP

ist stark gefallen, obwohl sie zusammen mit Ciudadanos bei den Wahlen angetreten sind. Aber die PP hat nie eine große Vertretung im Baskenland gehabt. Die rechtsextreme Partei, Vox, ist zum ersten Mal mit einer Abgeordneten im baskischen Parlament vertreten.

Baskenland und Galizien (...) gibt es ein differenziertes nationales Gefühl mit nationalistischen und unabhängigen politischen Parteien, sie haben ihre eigene Sprache und eigene soziale, kulturelle und politische Ökosysteme, die nichts mit Madrid zu tun haben.

In Galizien hat die PP ihre absolute Mehrheit erweitert. Alberto Núñez Feijóo ist der Vorsitzende der Partei in dieser autonomen Gemeinschaft und kann eine starke Konkurrenz für den Vorsitzenden der Partei in Spanien, Pablo Casado, sein, der derzeit etwas geschwächt scheint und einen radikaleren Diskurs als der Galizier hat. Immer mehr Analysten sehen den galizischen Präsidenten als zukünftigen Kandidaten für Präsidentschaft Spaniens und nicht Casado. Die territoriale Koalition von Unidas Podemos, die bei den vorherigen Wahlen zweitstärkste Gruppe im Parlament wurde, ist jetzt nicht mehr im galizischen Parlament vertreten. Der Sturz ist spektakulär gewesen. Die linke Unabhängigkeitspartei Galizischer Nationaler Block (BNG), ist stark gestiegen und ist jetzt die zweite Kraft im Parlament. Die Sozialisten haben nur sehr wenige Stimmen verloren und haben die gleichen Abgeordneten wie zuvor.

Die Interpretationen über die Auswirkungen dieser Ergebnisse auf staatlicher Ebene sind unterschiedlich. Zunächst ist anzumerken, dass die in Spanien stets präsente territoriale Krise, sich jetzt verschärft. Die nationalistischen Parteien und die Parteien, die für die Unabhängigkeit ihrer Territorien kämpfen, haben ihren Einfluss erhöht. Seit den letzten Parlamentswahlen im November 2019 sind sie absolut notwendig, um parlamentarische Mehrheiten im Kongress zu generieren. Schließlich waren es die Stimmen dieser Parteien, die die Koalitionsregierung in Spanien möglich gemacht haben. Es ist wichtig, das zu erwähnen, da die Koalitionsregierung - nach einigen Jahren, in denen die Krise mit der Unabhängigkeit Kataloniens das Hauptelement der spanischen Politik gewesen ist -, mit dem Ziel angetreten ist, einen Prozess der Deeskalation und des Dialogs mit der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung in Gang zu setzen. Nach den Ergebnissen vom 12. Juli scheint klar zu werden, dass das territoriale Problem weit über Katalonien hinausgeht. Im baskischen Parlament haben PNV und EH Bildu 53 der 75 Sitze, die es im baskischen Parlament gibt. Wenn sich die Koalitionsregierung nicht dieser Herausforderung stellt und eine territoriale Reform angeht, besteht die Gefahr, dass die Konflikte sich verschärfen und das katalonische Problem nicht das einzige territoriale Schlachtfeld bleibt.



Iñigo Urkullu und Andoni Ortuzar feiern den Sieg der PNV in Sabin Etxea (Foto: RTVE.es)

Eine weitere wichtige Lektüre dieser Wahlen ist, dass die Koalitionsregierung ihre erste Wahlprüfung seit ihrem Bestehen nicht bestanden hat. Dies liegt insbesondere an Unidas Podemos, die in Gebieten, wo dieser radikale Zusammenfluss sehr stark war, nun sehr geschwächt aus den Wahlen herausgekommen ist. Im Baskenland hatten sie bei den staatlichen Wahlen im Wahlzyklus 2015-2016 die meisten Stimmen



Der Vorsitzende der PP in Galizien, Alberto Núñez Feijóo (Foto: RTVE.es)

erhalten. In Galizien erreichten sie den zweiten Platz. Bei den Kommunalwahlen 2015 in Galizien gewannen die verschiedenen kommunalen Wahlplattformen, die unter anderem von Podemos gebildet wurden, die Stadträte der drei wichtigsten galizischen Städte: Santiago de Compostela, A Coruña und Ferrol. Bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr haben diese

linken Zusammenflüsse diese Mehrheiten verloren. Darüber hinaus ist die Arbeitsministerin Yolanda Díaz, die seit der Bildung der Koalitionsregierung eine der sichtbarsten Minister*innen ist, Galizierin. Weder ihre Anwesenheit im Wahlkampf ihres Landes noch die von Pablo Iglesias haben dazu beigetragen, die Ergebnisse etwas auszugleichen. Unidas Podemos hat im Parlament keine Vertretung mehr und ist jetzt in Galizien eine außerparlamentarische Kraft.

Es wird sehr viel über die Gründe für die Katastrophe von Unidas Podemos bei diesen Wahlen gesprochen. Meiner Meinung nach gibt es mehrere Gründe: das Fehlen einer organisatorischen und territorialen Basis von Podemos, eine Politische Partei, die kaum eine territoriale Verankerung hat, und in der sich fast alles um ihren Generalsekretär, Pablo Iglesias, und jetzt um die Arbeit in der Regierung dreht. Aber auch die ständigen internen Kämpfe in der Organisation und den Zusammenflüssen, sowie die Kommunikation in den Medien, die die Vision Madrids von dem Saat widerspiegelt, und bei der Iglesias und sein Gefolge die reiche territoriale und nationale Pluralität des spanischen Staates vergessen haben. All das hat zu dieser Niederlage beigetragen und jetzt hat Unidas Podemos ähnliche Wahlergebnisse wie Izquierda Unida vor der Geburt von Podemos im Jahr

(...) dass die Koalitionsregierung ihre erste Wahlprüfung seit ihrem Bestehen nicht bestanden hat. Dies liegt insbesondere an Unidas Podemos, die in Gebieten, wo dieser radikale Zusammenfluss sehr stark war, nun sehr geschwächt aus den Wahlen herausgekommen ist.

2014. Darüber hinaus scheint klar zu sein, dass die Präsenz und die Arbeit von Unidas Podemos in der Staatsregierung die linken Wähler dieser Territorien nicht überzeugt hat, sodass sie die linken Alternativen der Unabhängigkeitsparteien gewählt haben. Also können wir von einer Wahlkrise in Unidas Podemos kurz nach dem Regierungsantritt sprechen. Die Widersprüche nehmen, wie gesagt, immer mehr zu.

Calviños versagen in Europa

Der Ausweg aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Krise, die sich aus der Pandemie ergibt, hängt in hohem Maße von der auf europäischer Ebene beschlossenen Wiederaufbaupolitik und der wirtschaftlichen Unterstützung ab, die die Staaten erhalten. Die nächsten Tage werden in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung sein. In verschiedenen europäischen Kanzleien finden Verhandlungen auf höchster Ebene statt. Die Europäische Union steht auf dem Spiel, manche sagen sogar, dass ihr Überleben in Gefahr ist. Es ist schwierig, die Zukunft vorherzusagen, aber es

scheint offensichtlich, dass angesichts des neuen wirtschaftlichen und sozialen Dramas, die Europäische Union mutig sein und eine Antwort geben muss, die den Erwartungen der vom Coronavirus am schlimmsten betroffenen Länder Südeuropas entspricht, sonst kann die Euroskepsis diese Gesellschaften durchdringen. Wenn sich dieses Gefühl nach dem Brexit und dem Vormarsch der extremen Rechten in den Visegrád-Ländern im Süden verstärkt, könnte dies eine neue tödliche Front für die Zukunft der EU bedeuten.

In diesem Zusammenhang waren die Signale in den letzten Wochen bislang nicht sehr ermutigend. Präsident Sánchez hat in den letzten Tagen verschiedene Kanzleien besucht, um europäische Staats- und Regierungschefs von dem von Angela Merkel und Emmanuel Macron vorgeschlagenen Plan zu überzeugen. Mit diesem Plan sollen 750 Millionen Euro für die am stärksten von der Coronavirus-Krise betroffenen Volkswirtschaften bereitgestellt werden, von denen voraussichtlich 140 für Spanien bestimmt sind. Der Gipfel, der am 17. und 18. Juli stattfinden wird, wird von entscheidender Bedeutung sein, um mehr über das europäische Engagement bei der Lösung dieser Krise und damit über das eigene Schicksal der Union zu erfahren.

Kurz nach dem Schreiben dieses Artikels, wird der Gipfel stattfinden und der Artikel wird sicherlich erst danach veröffentlicht werden, also werde ich keine weiteren Spekulationen darüber anstellen, was passieren könnte. Es wird Zeit geben, europäische Fragen zu analysieren, da wir dann Gewissheiten und nicht Vermutungen haben werden. Aber es lohnt sich es ein paar Worte darüber zu schreiben, wie zumindest ein guter Teil der spanischen Linken die Zukunft wahrnimmt. Der niederländische Premierminister Mark Rutte hat – wegen seinen ständigen Bemerkungen über die mangelnden Reformen in Spanien während der letzten Krise und der Forderung, dass die Wirtschaftsfonds, die in den Süden kommen, von einem Reformprogramm begleitet werden müssen -, ein sehr schlechtes Ansehen. Die Forderung von Rutte deutet darauf hin, dass die Kontrollmechanismen, die in der vorangegangenen Krise vor allem in Griechenland Chaos angerichtet haben, erneut im Mittelpunkt stehen könnten und dass Kürzungen und die Auferlegungen von Steuersenkungen dazu führen könnten, dass die Koalitionsregierung kein linkes Programm entwickeln und umsetzen kann. Es ist nicht klar, welche Position Unidas Podemos in Bezug auf Europa in dieser Zeit der Koalition mit der PSOE hat. Wenn der europäische Druck bedeutet, dass Unidas Podemos Kürzungen im Ministerrat akzeptieren muss, scheint klar zu sein, dass die politischen Widersprüche und die Unzufriedenheit ihrer Wähler riesig sein werden, und auch ein großer Teil der sozialen Bewegungen wird sich von Unidas Podemos abwenden.



Spitzenpolitiker der EU entscheiden am 17.07.20 in Brüssel über die Zukunft des europäischen Haushalts und den Hilfsfond wegen der Pandemie (Foto: François Lenoir, Reuters)

Der niederländische Premierminister Mark Rutte hat – wegen seinen ständigen Bemerkungen über die mangelnden Reformen in Spanien während der letzten Krise und der Forderung, dass die Wirtschaftsfonds, die in den Süden kommen, von einem Reformprogramm begleitet werden müssen -, ein sehr schlechtes Ansehen. Die Forderung von Rutte deutet darauf hin, dass die Kontrollmechanismen, die in der vorangegangenen Krise vor allem in Griechenland Chaos angerichtet haben, erneut im Mittelpunkt stehen könnten und dass Kürzungen und die Auferlegungen von Steuersenkungen dazu führen könnten, dass die Koalitionsregierung kein linkes Programm entwickeln und umsetzen kann. Es ist nicht klar, welche Position Unidas Podemos in Bezug auf Europa in dieser Zeit der Koalition mit der PSOE hat. Wenn der europäische Druck bedeutet, dass Unidas Podemos Kürzungen im Ministerrat akzeptieren muss, scheint klar zu sein, dass die politischen Widersprüche und die Unzufriedenheit ihrer Wähler riesig sein werden, und auch ein großer Teil der sozialen Bewegungen wird sich von Unidas Podemos abwenden.

(...) Wenn der europäische Druck bedeutet, dass Unidas Podemos Kürzungen im Ministerrat akzeptieren muss, scheint klar zu sein, dass die politischen Widersprüche und die Unzufriedenheit ihrer Wähler riesig sein werden, und auch ein großer Teil der sozialen Bewegungen wird sich von Unidas Podemos abwenden.

Vor dem Gipfel gab es ein bemerkenswertes Kapitel: das Versagen der Vizepräsidentin und Wirtschaftsministerin der Regierung, Nadia Calviño, bei ihrem Versuch, die Eurogruppe anzuführen. Bei der Abstimmung der Führer der europäischen Wirtschaft und Finanzen wählten die Mitglieder dieses supranationalen Clubs am 9. Juli den irischen liberalen Finanzminister Paschal Donohoe. Er erhielt eine Stimme mehr als Calviño. Das Ergebnis dieser Wahl war sehr enttäuschend für Spanien. Von der Regierung und den wichtigsten Medien wurde zuvor als sicher angenommen, dass die Operation fast abgeschlossen sei und Calviño diejenige sein würde, die in den kommenden Jahren den Vorsitz der Eurogruppe innehaben würde. Aber es kam anders. Sánchez hatte versucht, die notwendigen Unterstützungen zu erreichen und zu sichern, aber jemand stimmte anders als versprochen, wie die Anwärtin selbst sagte. Eine andere Lesart des Fiaskos der Vizepräsidentin in Europa deutet darauf hin, dass die Bedingungen für südliche Länder wie Italien oder Spanien bei Erhalt von Mitteln für den Wiederaufbau härter werden.



Nadia Calviño, dritte Vizepräsidentin und Ministerin für Wirtschaft und digitale Transformation (Foto: EFE)

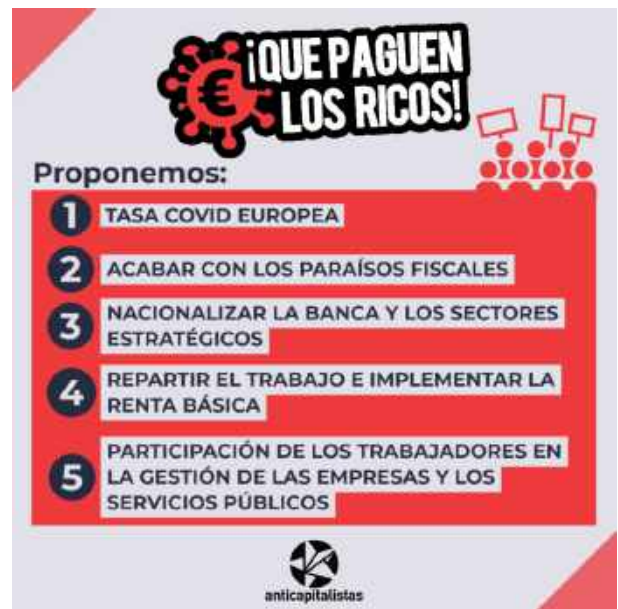
Calviños Person ist umstritten. Für Unidas Podemos ist die Vizepräsidentin innerhalb des Ministerrates die größte Gegnerin von Vorschlägen mit einer größeren sozialen Auswirkung sowie von öffentlichen Ausgaben und Investitionen. Man sollte sich daran erinnern, dass Calviño in der Regierung wegen der wirtschaftlichen Folgen gegen die Quarantäne der Bevölkerung im vergangenen März war. Die derzeitige Wirtschaftsministerin der Koalitionsregierung ist trotz ihrer sozialistischen Zugehörigkeit eine Freundin der neoliberalen

Wirtschaftsdoktrinen, die die Europäische Union in den letzten Jahrzehnten beherrscht haben, wie die Auferlegung der Reduzierung der Defizite oder die Priorisierung von Schuldentilgung unter anderem. Calviño ist in Foren der EU sehr beliebt, da sie vor ihrem Eintritt in die erste Regierung von Sánchez als hochrangige europäische Beamtin in verschiedenen Generaldirektionen der Europäischen Kommission tätig war. In der letzten, der Generaldirektion für Haushalt, in der sie seit 2014 unter der Leitung des deutschen Kommissars Günther Oettinger arbeitete, musste sie schwierige Phasen der vorherigen Krise überwinden.

Als Calviño 2018 der ersten Regierung von Sánchez beitrug, damals regierte die PSOE alleine, war die Kritik von links gegen ihre Person konstant. Calviño war für die Vorsitzenden von Podemos und Izquierda Unida der klare Ausdruck neoliberaler Orthodoxie. Als am 25. Juni ihre Kandidatur des Vizepräsidenten für den Vorsitz der Eurogruppe angekündigt wurde, lobten sowohl Yolanda Díaz als auch Alberto Garzón, beide Mitglieder der Kommunistischen Partei, das Profil der Ministerin in den Medien. Pablo Iglesias und Irene Montero brauchten immerhin etwas länger. Einige führende Politiker des linken Spektrums, wie der Verantwortliche für Wirtschaftsfragen von Izquierda Unida, Carlos Sánchez Mato, kritisierten sie schnell öffentlich. Die Widersprüche in der Regierung verschärfen sich.

Es sieht so aus, als ob die Reichen die Krise nicht bezahlen werden

Unidas Podemos hatte sich in den letzten Wochen für die Notwendigkeit einer Vermögenssteuer für die Reichen eingesetzt, um die gestiegenen öffentlichen Ausgaben als Reaktion auf die Wirtschaftskrise infolge der Pandemie zu finanzieren. In den letzten Monaten haben verschiedene politische und soziale Organisationen der linken in diese Richtung gedrängt. Izquierda Unida selbst, als Teil von Unidas Podemos, hatte einen Wiederaufbauplan vorgelegt, der Steuererhöhungen beinhaltet, damit die reichsten 3% des Landes mehr Steuern zahlen. Die Antikapitalistische Partei, die vor einigen Monaten aus Podemos ausgetreten ist, hauptsächlich aufgrund von Unstimmigkeiten in der Strategie der Koalitionsregierung mit der PSOE, startete die Kampagne #QuePaguemosLosRicos (die Reichen müssen zahlen). Diese Kampagne hatte eine gute Resonanz in den sozialen Netzwerken. Im Kongress verteidigten verschiedene Linke Parteien wie ERC, EH Bildu oder Más País, die grüne Partei der ehemaligen Nummer zwei von Podemos, Íñigo Errejón, eine „Covid-Steuer“ oder eine Steuer für große Vermögen.



Kampagne #QuePaguemosLosRicos (die Reichen müssen zahlen)
von anticapitalistas.org

Trotz alledem wurde am 24. Juni die Kommission für Wiederaufbau im Kongress abgeschlossen und Unidas Podemos akzeptierte in dieser Angelegenheit die Position der PSOE. PSOE und Unidas Podemos lieferten ein gemeinsames Dokument, in dem die Bestrebungen beider Formationen hinsichtlich des Wiederaufbaus zusammengefasst werden. Im Text gibt es keine Erwähnung einer Steuer für große Vermögen. Die PSOE akzeptiert, dass einige Steuersätze angehoben werden müssen, aber nicht die Schaffung einer neuen Steuer für die Reichsten der Reichen, und argumentiert, dass dies gegen die aus Europa kommenden Richtlinien der Steuererleichterung verstößt. Wieder ein Widerspruch für Unidas Podemos. Am nächsten Tag versuchte der Präsident der Fraktion von Unidas Podemos im Kongress, der Katalane Jaume Asens, auf dem Podium energisch zu sein: "Wir werden nicht auf die Steuer für große Vermögen verzichten, das ist allen klar." Das Dokument war jedoch bereits registriert, und es gibt dort keinen Hinweis auf diese Steuer.

Soziale Maßnahmen mit dem Zeichen von Unidas Podemos

Die Koalitionsregierung hat seit Beginn der Pandemie eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen entwickelt, die ich in früheren Artikeln beschrieben habe. Unter dem Namen "Sozialer Schutzschild" haben diese Maßnahmen versucht, die negativen Auswirkungen der Krise zu lindern, damit "niemand zurückgelassen wird". Am relevantesten war unter anderem die Einführung eines Teilzeitarbeit-Mechanismus des Arbeitsministeriums, um Entlassungen aufgrund der Krise zu vermeiden. [Das staatliche Mindesteinkommen](#) oder das Verbot von Zwangsräumung während des Alarmzustands, die Stundung der Zahlung von Mieten oder die Gewährleistung, dass den Haushalten nicht der Strom oder das Wasser abgedreht, wenn sie die Rechnungen nicht bezahlen können, wurden ebenfalls vom Ministerrat beschlossen. Alle diese Maßnahmen sind Vorschläge von Unidas Podemos, alles Maßnahmen, die dank ihrer Teilnahme an der Regierung beschlossen worden sind.



Bild der Kampagne für ein Mindesteinkommen des Ministerium für Eingliederung, Soziale Sicherheit und Migration

Die außergewöhnlichen Maßnahmen, die bis zum Herbst bleiben, sind: die Verlängerung der Mietverträge für Wohnungen, die Verlängerung des Aufschubs der Zahlung von Mieten und das Moratorium für Hypothekenschulden sowie der Erhalt des Sozialbonus und die Gewährleistung der Wasser-, Gas- und Stromversorgung für Haushalte.

In den letzten Wochen wurden diese Richtlinien erweitert. Am 7. Juli verlängerte die Regierung diesen Schutzschild bis Ende September. Die außergewöhnlichen Maßnahmen, die bis zum Herbst bleiben, sind: die Verlängerung der Mietverträge für Wohnungen, die Verlängerung des Aufschubs der Zahlung von Mieten und das Moratorium für Hypothekenschulden sowie der Erhalt des Sozialbonus und die Gewährleistung der Wasser-, Gas- und Stromversorgung für Haushalte.

Darüber hinaus hat der Ministerrat am 14. Juli ein Kreditpaket in Höhe von 100 Millionen Euro für die autonomen Gemeinschaften für verschiedene Programme wie den Schutz armutsgefährdeter Familien und den Kampf gegen Kinderarmut genehmigt, die Gewährleistung des Rechts auf Nahrung, Freizeit und Kultur der Kinder in den Sommerferien, die Aufrechterhaltung des Netzes der sozialen Dienste in den Gemeinden, die Verhinderung der Marginalisierung und Maßnahmen für die Eingliederung der Zigeuner. Eine relevante Maßnahme besteht darin, dass die Regierung den Gemeinden erlaubt, ihre Überschüsse für soziale Dienstleistungen und Investitionen auszugeben, eine Maßnahme, die in den letzten Jahren auf kommunaler Ebene eine wichtige Forderung war.

Soziale Mobilisierung

Seit dem Beginn der Pandemie im spanischen Staat hat die soziale Mobilisierung aus offensichtlichen Gründen deutlich abgenommen. Die Maßnahmen zur Verhinderung von Ansteckung umfassen auch eine zwischenmenschliche körperliche Distanzierung. Trotzdem wurden in diesen Monaten unterschiedliche soziale Mobilisierungen durchgeführt. Im vorherigen Artikel dieser Reihe habe ich erzählt, wie Proteste gegen die Regierung und die Quarantäne in einigen wohlhabenden Stadtteilen Madrids begannen, nachdem andere Politiker der extremen Rechten wie

Donald Trump in den USA oder Jair Bolsonaro in Brasilien die Pandemie negierten. Diese Mobilisierungen breiteten sich auf andere Städte aus, um den Rücktritt der Regierung zu fordern. Diese Proteste, die in den meisten Fällen von der extremen Rechten gefördert wurden, verschwanden, als Bars und Terrassen wieder geöffnet wurden. Einige bleiben weiterhin, wie die Ansammlung einiger Rechtsextremisten vor dem Haus des zweiten Vizepräsidenten der Regierung, Pablo Iglesias.

Die soziale Mobilisierung der Linken ist in diesen Monaten aus den beschriebenen Gründen stark zurückgegangen. Es gab und gibt jedoch einige bemerkenswerte Mobilisierungen, wie die der Arbeiter im Nissan-Werk in Barcelona, die seit Wochen auf die Straße der katalanischen Hauptstadt gehen, um zu fordern, dass das Werk nicht geschlossen wird und dass eine öffentliche Intervention durchgeführt wird, die es ermöglicht, die Arbeitsplätze zu retten. In diesem Sinne haben die Mitarbeiter des Alcoa-Werks in der Provinz Lugo in den letzten Wochen auch einige der wichtigsten Proteste durchgeführt. Auch sie fordern ein öffentliches Eingreifen, um die Schließung des Werks zu verhindern.

(...) hat die soziale Mobilisierung aus offensichtlichen Gründen deutlich abgenommen. Maßnahmen zur Verhinderung von Ansteckung umfassen auch eine zwischenmenschliche körperliche Distanzierung.

In der Autonomen Gemeinschaft von Madrid streiken derzeit die Assistenzärzt*innen. Diese jungen Ärzt*innen protestieren gegen die schlechten Arbeitsbedingungen, die niedrigen Gehälter und die vielen Überstunden unter dem Druck der Pandemie in dieser Autonomen Gemeinschaft, die von Isabel Díaz Ayuso (PP) regiert wird. Sie gehört dem neoliberalsten und rechtsextremsten Flügel dieser Partei an, wie ich schon in vorherigen Artikeln deutlich gemacht habe. Dies steht genau im Gegensatz zu der Tatsache, dass in den letzten Monaten der symbolische Wert der Ärzt*innen und

des gesamten Gesundheitspersonals aus offensichtlichen Gründen in der Gesellschaft stark gestiegen ist. Der Abbau der öffentlich-rechtlichen Struktur in der Autonomen Gemeinschaft von Madrid durch die PP, die sie seit 25 Jahren regiert, ist würdig analysiert zu werden.



Lesung des Manifestes bei der Demonstration in Madrid (Foto: El Salto Diario)

Schließlich gab es drei weitere größere Mobilisierungen. Am 7. Juni gingen Hunderte von Menschen in Barcelona und einige Tausend in Madrid auf die Straße, um gegen den Rassismus zu protestieren und gliederten sich in die

internationale Protestwelle der Black Lives Matter-Bewegung ein, um gegen den Mord an George Floyd durch einen amerikanischen Polizisten zu protestieren. Zumindest in Madrid war die hohe Anzahl junger Menschen unterschiedlicher Rassen, die den Marsch anführten, auffallend. Vielleicht stehen wir vor der Geburt einer Bewegung, die auch hier in Zukunft viel zu sagen hat. Um den 28. Juni herum fanden anlässlich des LGTBI Pride Aufrufe in verschiedenen Städten statt. In Madrid,

wo der Mainstream-Pride-Marsch in diesem Jahr ausgesetzt wurde, gingen die kritischen LGBTI-Verteidiger mit einer antikapitalistischen Ausrichtung auf die Straßen des Stadtzentrums. Schließlich rief die Plattform für einen ‚sozialen Schockplan‘ zu einer Demonstration am 20. Juni auf, die Tausende von Menschen in Madrid zusammenbrachte, um öffentliche Dienste zu fordern und gegen das Privatisierungsmodell protestierten.



Kundgebung #LGTBI-Pride am Sonntag, dem 28. Juni 2020 in Valladolid (Foto: Soziale Netzwerke Antikapitalisten Valladolid)